



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

12. JAHRGANG • NR. 80

DEZEMBER 2013

STANDPUNKT

- 2 Der Koalitionsvertrag bringt mehr soziale Gerechtigkeit und Zukunftsinvestitionen

SPD

- 3 Mitgliedervotum und Bundesparteitag

WAHLKREIS

- 4 Dankeschön-Feier für Wahlkampfhelfer/innen
- 4 Diskussionen beim Schulbesuch in Ostheim
- 4 „Hövi-Land“ im Bundestag
- 5 Vorlesetag in Vingster Grundschule
- 5 Herbstempfang im Bürgerbüro Porz

BUNDESTAG

- 6 SPD-Abgeordnete in der Region Mittelrhein
- 6 Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD
- 7 Sozialdemokratische Eckpunkte im Vertrag
- 10 Die neue Bundesregierung
- 10 Thomas Oppermann führt SPD-Fraktion

GESCHICHTE

- 11 100 Jahre Willy Brandt

INFOS UND IMPRESSUM

- 12 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2014, Büros, Impressum

Der Koalitionsvertrag

Infos ab Seite 6

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 18.12.2013

Neu eingestellt auf der Homepage

www.martin-doermann.de:

Berlin Depesche Register 2013 und Jahrbuch 2013

SPD

100 JAHRE
WILLY BRANDT

„Nichts kommt von selbst.
Und nur wenig ist von Dauer.
Darum – besinnt Euch auf
Eure Kraft und darauf, dass
jede Zeit eigene Antworten
will und man auf ihrer Höhe
zu sein hat, wenn Gutes
bewirkt werden soll.“

Foto: Harry Walter

Mehr soziale Gerechtigkeit und Zukunftsinvestitionen

Zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD

Liebe Leserinnen und Leser,

Mitte November habe ich auf meiner Facebook-Seite zur damals strittigen Frage einer **Großen Koalition** geschrieben, was ich mir wünschte: eine selbstbewusste SPD, gute Verhandlungsergebnisse für die Menschen in Deutschland und eine solidarische Mitgliedschaft. Alle drei Wünsche sind in Erfüllung gegangen.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich Union und SPD auf einen **Koalitionsvertrag** geeinigt, der in weiten Teilen eine **sozialdemokratische Handschrift** trägt. Mit der Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns**, der **Eingrenzung von Leih- und Zeitarbeit**, der abschlagfreien **Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren** sowie **mehr Investitionen in Kommunen, Bildung und Infrastruktur** konnten zentrale Wahlversprechen umgesetzt werden.

Es stehen zusätzlich 9 Milliarden Euro für **Bildung und Forschung** zur Verfügung, was die Länder zum Beispiel für den Kita-Ausbau, Schulen, Hochschulen und für die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit nutzen können. Der Bund wird schrittweise die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte übernehmen, was die **Kommunen** jährlich um 5 Milliarden Euro **entlasten** wird. Zudem werden die **Städtebaumittel** um 600 Millionen auf 700 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt, was insbesondere auch dem Leitprogramm „**Soziale Stadt**“ zugute kommt. Und für die **Verkehrsinfrastruktur** gibt es zusätzlich 5 Milliarden Euro. Die **solide Finanzierung** erfolgt ohne neue Schulden aus den zu erwartenden Steuereinnahmen.

Der Koalitionsvertrag ist im Kern eine Kombination aus **Zukunftsinvestitionen** und Maßnahmen für mehr **soziale Gerechtigkeit** und **gute Arbeit**. Dies waren auch die Schwerpunkte des SPD-Wahlkampfes. Klar ist, dass in einer Koalition auch **Kompromisse** geschlossen werden müssen und wir an manchen Stellen gerne noch mehr erreicht hätten. Aber es war nicht zu erwarten, dass sich die Unterschiede zwischen Union und SPD in Luft auflösen. Angesichts eines schlechten Wahlergebnisses

von 25,7 % haben wir jedoch viel mehr durchgesetzt, als uns die meisten zugetraut hätten.

Hinzu kommt, dass sich das **Mitgliedervotum** als genialer Schachzug von **Sigmar Gabriel** und beeindruckende Belegung der **innerparteilichen Demokratie** erwiesen hat. 369.680 Mitglieder (78 %) haben sich beteiligt. Mit rund 76 % fiel die Zustimmung zur Großen Koalition sehr deutlich aus. Wir haben über Wochen eine so spannende Debatte in der Partei über sozialdemokratische Inhalte und politische Strategien erlebt, wie wohl noch niemals zuvor. Viele haben sich am Ende gerade durch die Verhandlungserfolge überzeugen lassen. Insgesamt geht die **SPD** aus dem Prozess deutlich **gestärkt** und mit viel **Selbstbewusstsein** hervor.

Diesen Schwung müssen wir nun für die **Regierungsarbeit** nutzen.

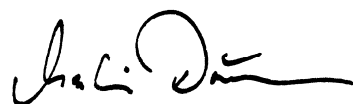
Drei starke SPD-Frauen und -Männer verantworten in ihren jeweiligen Ministerien wichtige Politikfelder. Daneben wird die **SPD-Bundestagsfraktion** mit ihrem neuen Vorsitzenden **Thomas Oppermann** darauf achten, dass sozialdemokratisches Profil in der Parlamentsarbeit sichtbar wird.

Klar ist: die **Große Koalition** ist nur ein Bündnis auf Zeit und Ultima Ratio, weil es keine anderen tragfähigen politischen Konstellationen gegeben hat. **2017** wird die SPD antreten, um wieder den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin in einer anderen Koalition zu stellen. Bis dahin aber geht es um Verlässlichkeit und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Um die müssen sich beide Seiten bemühen, ohne hierbei ihre eigene Identität aufzugeben.

Vor uns liegen in jedem Falle spannende vier Jahre. Ein **guter Anfang** ist gemacht.

Herzlichst

Ihr




Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag

76 Prozent der SPD-Mitglieder stimmten für die Große Koalition

Am 14. Dezember verkündeten Parteichef **Sigmar Gabriel**, SPD-Schatzmeisterin **Barbara Hendricks** und SPD-Generalsekretärin **Andrea Nahles** das Ergebnis des SPD-Mitgliedervotums zum Koalitionsvertrag: 369.680 bzw. 78 Prozent der SPD-Mitglieder hatten sich beteiligt. Davon stimmten 75,96 Prozent mit Ja. 400 Freiwillige aus allen SPD-Landesverbänden hatten in einer Tag- und Nachtschicht die Stimmzettel in einem alten Berliner Postbahnhof ausgewertet. Das Gelingen dieses auch organisatorisch höchst anspruchsvollen Mitgliedervotums hat Maßstäbe gesetzt.

Sichtlich erleichtert über den positiven und eindeutigen Ausgang des Votums unterstrich Sigmar Gabriel für die Parteispitze: „Die SPD ist eine lebendige, diskutierende Partei. Wir sind die Beteiligungspartei in Deutschland.“

Alle SPD-Mitglieder hatten Anfang Dezember eine Woche lang Zeit, ihre Stimme per Briefwahl abzugeben. In ganz Deutschland wurden hunderte Dis-

kussionsveranstaltungen zum Koalitionsvertrag durchgeführt und engagiert über Pro und Contra des ausgehandelten Koalitionsvertrags diskutiert. Rund 3000 neue Mitglieder hat die SPD in dieser Zeit gewonnen. Mit diesem „Fest der innerparteilichen Demokratie“, wie es Gabriel nannte, empfiehlt sich die SPD als modernste Mitmachpartei in Deutschland.



SPD-Bundesparteitag in Leipzig

„Neue Impulse für die nächsten Jahre“

Vom 14. bis 16. November fand in Leipzig der Bundesparteitag der SPD statt. Zentrale Punkte waren dabei das Ergebnis der Bundestagswahl, die laufenden Koalitionsverhandlungen sowie die Wahl der Parteispitze.

Der ehemalige Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück** dankte den Mitgliedern für einen couragierten und engagierten Wahlkampf. Die SPD habe im Wahlkampf viel mehr erreicht, als sich im Wahlergebnis niederschläge: Sie sei nun programmatisch geschlossen. Im 150. Jahr ihres Bestehens sei die SPD keine Partei des Gestern, sondern eine Partei des Heute und Morgen. Steinbrück betonte, dass eine große Partei wie die SPD „nur mit 30 Prozent plus X zufrieden“ sein dürfe.



Sigmar Gabriel erläuterte die laufenden Koalitionsverhandlungen mit der Union: „Wir sind nicht zum Nulltarif zu haben. Und wir sind auch nicht für ein paar Ministerposten zu haben“, stellte er klar. „Ich übrigens auch nicht.“ Die klare Haltung der SPD sei: Es gehe um klare politische Inhalte und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens der Menschen. Mit Blick auf das anstehende Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag sagte Gabriel: „Ich werde

die SPD im 150. Jahr ihres Bestehens nicht in eine Koalitionsvereinbarung hineinführen, von der ich als Sozialdemokrat nicht überzeugt bin.“

Wichtiger Programmpunkt am zweiten Tag war die Wahl des Parteivorstandes. **Sigmar Gabriel** wurde mit 83,6 Prozent der Stimmen im Amt des Bundesvorsitzenden und **Andrea Nahles** mit 67,2 Prozent im Amt der Generalsekretärin bestätigt.

Der EU-Parlamentspräsident und Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten für die Europawahl **Martin Schulz** wurde mit 97,9 Prozent in seinem Amt als Beauftragter für die Europäische Union beim SPD-Parteivorstand bestätigt. **Barbara Hendricks** wurde mit 79,5 Prozent erneut zur Schatzmeisterin gewählt. Außerdem in ihrem Amt als stellvertretende Parteivorsitzende wurden **Hannelore Kraft** (85,6 %), **Aydan Özoguz** (79,9), **Olaf Scholz** (67,3) und **Manuela Schwesig** (80,1) bestätigt. Neu in der Parteispitze ist **Thorsten Schäfer-Gümbel**. Der hessische SPD-Chef konnte sich über eine Zustimmung von 88,9 Prozent freuen. Berlins Regierender Bürgermeister **Klaus Wowereit** trat nicht mehr an.

Dankeschön-Feier in der „StäV“



Mit einer gemeinsamen Feier in der „Ständigen Vertretung Köln“ hat **Martin Dörmann** seinen aktiven Wahlkampfleiter/innen für ihren tollen und erfolgreichen Einsatz gedankt. Musikalischer Höhepunkt war ein stimmungsvolles Mitsingkonzert: **Anette Fuchs**, **Achim Pietzner** und **Christian Hecker** am Akkordeon trugen Kölsche Lieder vor, in die alle textsicher einstimmten.

Schulbesuch in Ostheim



Im Heinrich-Heine-Gymnasium in Ostheim hatte **Martin Dörmann** zwei spannende Diskussionen: Zunächst im Politikunterricht mit der engagierten Klasse 8b von **Uwe Reckers**, dann mit sehr interessierten 150 Schüler/innen in der Aula. Ganz „nebenbei“ konnte er auch noch einige konkrete Anliegen der Schule mitnehmen.

Kölner „Hövi-Land“-Gruppe zu Gast im Bundestag

Würdigung des besonderen Engagements für Kinder

Ende Oktober besuchten fast 100 „Hövi-Menschen“, wie sie sich selbst nennen, Berlin. Auf dem Programm standen auch ein Besuch im Reichstagsgebäude mit einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaales sowie eine Diskussion mit **Martin Dörmann**. Auf dessen Initiative hatte die Gruppe im Rahmen eines Besucherkontingentes die Fahrtkosten vom Bundestag ersetzt bekommen. Damit wollte er das tolle Engagement der Eltern und ehrenamtlichen Helfer/innen würdigen, die jedes Jahr ein dreiwöchiges Ferienangebot für 500 Kinder aus dem Bereich Vingst und Höhenberg organisieren.

Ein Höhepunkt des Besuches war eine kleine Andacht, die Pfarrer **Jörg Wolke** als Leiter der Gruppe spontan im Andachtsraum des Reichstages abhielt,

der ansonsten von den Abgeordneten genutzt wird. In die von der Gruppe gesungenen Lieder stimmte auch Martin Dörmann mit ein. „HöVi“-Doc **Michael Paetzold** zeigte sich anschließend begeistert: „Der Besuch im Reichstag war für uns alle ein tolles Erlebnis, an das wir uns immer gerne erinnern werden.“

Jedes Jahr nehmen rund 500 Kinder aus den Stadtteilen das dreiwöchige Ferienangebot der Zeltstadt „Hövi-Land“ in Vingst wahr. Dieses einmalige Projekt soll auch Kindern, die ansonsten aufgrund verschiedenster sozialer Probleme nicht in den Urlaub fahren können, eine schöne Sommerzeit bieten. Es wurde 1994 in ökumenischer Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Höhenberg und Vingst ins Leben gerufen.



Vorlesetag: Martin Dörmann las in der Grundschule Heßhofstraße

Die Geschichte vom Regenbogenfisch begeisterte Vingster Kinder

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetages war **Martin Dörmann** zu Gast in der Katholischen Grundschule Heßhofstraße in Köln-Vingst. In einer stufenübergreifenden Klasse der Lehrerin **Annika Schmidt** mit Kindern vieler Nationalitäten las er zwei Kinderbücher vor, um die „Pänz“ für das Lesen zu begeistern. Die hatten viel Freude an der Geschichte vom „Regenbogenfisch“, der lernt, dass Teilen Spaß macht und neue Freunde schafft. Und von einer kleinen Maus konnten sie lernen, dass man sich vor dem „Grüffelo“ nicht fürchten muss, wenn man schlau und listig ist.

Martin Dörmann befragte die Kinder zu den einzelnen Geschichten und stieß dabei auf viel Begeiste-

rung und Fantasie. „Der Bildungserfolg unseres Nachwuchses hängt in hohem Maße von der Lesekompetenz ab. Diese den Kindern frühzeitig zu vermitteln, ist ebenso wichtig wie das Erlernen von Schreiben und Rechnen. Das Vorlesen eignet sich hervorragend dazu, Kinder und junge Menschen auf schöne Art und Weise zu motivieren, selbst zum Buch zu greifen“, betonte der Abgeordnete. Auf seine Schlussfrage, weshalb Lesen denn wichtig sei, antwortete ein Junge ganz spontan und klug: „Dann bekommt man einen guten Beruf!“

Der bundesweite Vorlesetag wird seit 2004 jedes Jahr im November von der „Stiftung Lesen“ und der Wochenzeitung „Die Zeit“ veranstaltet.



Herbststempfang und Ausstellung im Bürgerbüro Porz

SPD-Ratsfrau Monika Möller präsentiert Kunstwerke auf Seide

Wie es mittlerweile schöne Tradition geworden ist, fand Anfang November wieder ein Herbststempfang des Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und des Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** im Rahmen einer Ausstellungseröffnung statt. In den Räumlichkeiten des gemeinsamen Bürgerbüros in Porz stellt nun bis zum Frühjahr 2014 die Kölner SPD-Ratsfrau **Monika Möller** ihre „Landschaften auf Seide – Phantasie und Abbild“ aus.

Monika Möller studierte ab 1985 „Textiles Gestalten“ an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, wo sie sich schnell auf Sei-

denmalerei spezialisierte.

In ihren Bildern zeigt sie hauptsächlich Impressionen aus Israel, einem Land, das in ihrem Leben eine wichtige Rolle spielt. Neben ihrer Tätigkeit als Ratsfrau der Stadt Köln ist Möller außerdem Vorsitzende des Fördervereins Städtepartnerschaft zwischen Köln und Tel Aviv.

Den Erlös aus dem Verkauf der Bilder möchte die Kölner Ratsfrau gern einem Kindergarten in Tel Avivs Problembezirk Yafo zur Verfügung stellen.



Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus der Region Mittelrhein

Von links (mit Wahlkreis): Martin Dörmann (Köln I), Norbert Spinrath (Heinsberg), Helga Kühn-Mengel (Euskirchen), Sebastian Hartmann (Rhein-Sieg-Kreis), Ulla Schmidt (Aachen I), Ulrich Kelber (Bonn), Michaela Engelmeier-Heite (Oberbergischer Kreis), Dietmar Nietan (Düren), Rolf Mützenich (Köln III), Karl Lauterbach (Köln IV)

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD

„Deutschlands Zukunft gestalten“

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union trägt überwiegend eine sozialdemokratische Handschrift: Der gesetzliche Mindestlohn kommt ebenso wie die doppelte Staatsbürgerschaft und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. „Die Große Koalition hat einen Koalitionsvertrag für die ‚kleinen Leute‘ geschrieben“, sagte der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** in Berlin.



In dem Vertrag gehe es darum, wieder Politik für diejenigen zu machen, die jeden Tag für ihre Familien – aber auch für das Land insgesamt – Verantwortung übernehmen und dennoch häufig zu kämpfen hätten. Ihnen allen biete der Vertrag ganz konkrete Verbesserungen: „Es ist eine Menge drin, was Fairness und soziale Balance in diesem Land wieder stabilisiert und da zurück bringt, wo sie verloren gegangen ist“, betonte der SPD-Chef.

Zehn Ziele hatte der SPD-Parteikonvent Ende Oktober für die Verhandlungen mit CDU und CSU formuliert. Zehn sozialdemokratische Ziele, die wichtig sind für Fortschritt und Gerechtigkeit – die unser Land voran bringen. Die Verhandlungen waren oft hart. Vieles hat die SPD durchgesetzt, an anderen Stellen gab es Kompromisse. Was steht unterm Strich? Es wird Fortschritt und mehr Gerechtigkeit geben für Millionen Menschen in unserem Land.

Nachfolgend aus dem Koalitionsvertrag einige Eckpunkte mit sozialdemokratischer Handschrift.

→ *Der Koalitionsvertrag und zusätzliche Informationen sind online verfügbar unter:*
www.spd.de

Arbeit

Wir schaffen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die den Wert der Arbeit wiederherstellt. Dafür fördern wir existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit – und stoppen die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

- ✓ Der **gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro kommt zum 1. Januar 2015**. Überall, in Ost und West. Tarifverträge können bis Ende 2016 davon abweichende Mindestlöhne festlegen. Das dient dazu, insbesondere in Ostdeutschland **zusätzliche Tarifverträge** zu initiieren. Die weitere Entwicklung des Mindestlohns legt eine Kommission der Tarifpartner fest. Diese Regelungen wurden **mit den Gewerkschaften** abgestimmt.
- ✓ Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird für alle Branchen geöffnet. So können überall **tariflich vereinbarte Branchenmindestlöhne** (über dem gesetzlichen Mindestlohn) durchgesetzt werden.
- ✓ **Tarifverträge** können für **allgemeinverbindlich** erklärt werden, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Sie gelten dann für die gesamte Branche.
- ✓ Der **Missbrauch von Werkverträgen wird eingedämmt**. Betriebsräte bekommen mehr Rechte.
- ✓ Die **Leiharbeit** wird gerecht geregelt. Es gilt: **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** für Leiharbeit und Stammbesellschaft spätestens nach 9 Monaten. Leiharbeit wird auf maximal 18 Monate begrenzt.
- ✓ Wir schaffen einen **Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit** mit einem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.



Rente

Wer lange gearbeitet hat, darf im Alter nicht von Altersarmut bedroht sein. Darum schaffen wir bessere Übergänge vom Arbeitsleben in die Rente.

- ✓ Wer 45 Jahre Beiträge in die Rentenkasse (mit bis zu 5 Jahren Arbeitslosigkeit) eingezahlt hat, wird ab dem 1. Juli 2014 schon **ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente** gehen können. Für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren.

- ✓ Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, wird durch eine gute **Erwerbsminderungsrente abgesichert** sein.
- ✓ Wer immer **gearbeitet hat**, wird mehr Rente als nur die Grundsicherung bekommen – auch, wenn der Lohn nur gering war und wenig in die Rentenkasse eingezahlt wurde. Dafür kommt die **solidarische Lebensleistungsrente** mit rund 850 Euro. Dies kommt Geringverdienern zugute und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben.
- ✓ Die vollständige **Angleichung der Renten in Ost und West** erfolgt bis spätestens 2019.
- ✓ Ab dem 1. Juli 2014 werden Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente bessergestellt (sog. „**Mütterrente**“).



Familie und Gleichstellung

Eine moderne Familien- und Gleichstellungspolitik muss Familien und Partnerschaften dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen.

- ✓ Wir werden die 36 Monate **Elternzeit flexibler gestalten**. Dazu sollen auch ohne die Zustimmung des Arbeitgebers zukünftig 24 statt 12 Monate von Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können.
- ✓ Mit einem „**ElterngeldPlus**“ wollen wir Eltern bis zu 28 Monate lang eine Kombination von Elterngeld bei reduzierten Arbeitszeiten ermöglichen. Wir werden einen Partnerschaftsbonus für alle Elterngeldbeziehenden, die beide parallel 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten, einführen.
- ✓ Wir werden **Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten** großer Unternehmen gesetzlich einführen. Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen sollen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen.
- ✓ Wir werden in Unternehmen verbindlich das Prinzip „**Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit**“ für Frauen und Männer einführen (**Entgeltgleichheitsgesetz**).
- ✓ Die **Ganztagsbetreuung** in Kindertageseinrichtungen wollen wir schrittweise ausbauen.

- ✓ Bund und Länder werden zur Realisierung des **Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz** für unter 3-jährige ein drittes Investitionsprogramm auflegen.

Integration

Deutschland ist ein offenes Land. Wir fordern ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander ein. Denn Vielfalt verstehen wir auch als wichtige Zukunftsressource für unser Land.

- ✓ Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern **entfällt in Zukunft der Optionszwang**. Sie müssen sich nicht mehr zwischen Staatsbürgerschaften entscheiden, sondern können die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten.
- ✓ Wir wollen deutlich mehr junge **Migrantinnen und Migranten** für eine Ausbildung im **öffentlichen Dienst** gewinnen. Ab 2014 werden wir in Bundesverwaltungen auf freiwilliger Grundlage den Anteil von Migrantinnen und Migranten anheben.
- ✓ Die räumliche Beschränkung (sogenannte **Residenzpflicht**), für Asylbewerber und Geduldete wird auf das jeweilige Bundesland ausgeweitet.
- ✓ Der **Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber** und Geduldete nach 3 Monaten geöffnet. Diesen werden wir möglichst schnell den frühen Spracherwerb ermöglichen.



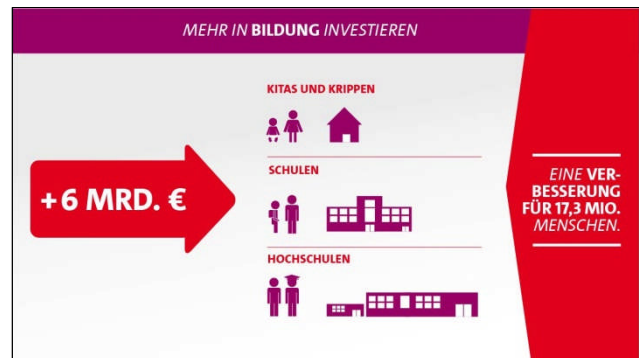
Kommunen und Bildung

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingt. Unsere Städte und Gemeinden müssen für alle da sein.

- ✓ **Zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen** werden die Länder in Höhe von 6 Milliarden Euro entlastet. Die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung werden bei Bedarf aufgestockt.
- ✓ Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) erarbeiten. Mit diesem neuen Gesetzes wird der Bund zu einer jährlichen **Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe** in Höhe von 5 Milliarden Euro beitragen. Bereits vorher werden die Kommunen mit 1 Milliarde Euro finanziell entlastet.
- ✓ Für die **Städtebauförderung** stellen wir zusätzlich 600 Millionen Euro zur Verfügung, um auf

fortan 700 Millionen Euro jährlich zu kommen. Es findet eine Aufwertung des Teilprogramms „Soziale Stadt“ statt. Wir stellen sicher, dass auch Kommunen in Haushaltsnotlage nicht von der Förderung ausgeschlossen sind.

- ✓ Die **Gewerbsteuer bleibt** als wichtige Einnahmequelle der Kommunen unverändert erhalten.



Bezahlbares Wohnen

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. In den Städten muss darum ausreichend Wohnraum vorhanden und für untere und mittlere Einkommensgruppen erschwinglich sein.

- ✓ Der **soziale Wohnungsbau** hat wieder eine Zukunft. Wir unterstützen die hierfür zuständigen Länder bis 2019 mit jährlich 518 Millionen Euro für den Bau neuer Sozialwohnungen sowie für die sozialverträgliche Sanierung des Wohnungsbestandes.
- ✓ Wir führen eine **Mietpreisbremse** ein. Die Länder können Mieterhöhungen auf maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränken.
- ✓ Künftig dürfen nur noch höchstens 10 % von **Modernisierungskosten** auf die Miete umgelegt werden. Diese Kosten dürfen nur solange auf die Miete umgelegt werden, bis die Modernisierungskosten abbezahlt sind.

- ✓ Für **Maklerleistungen** gilt zukünftig: **Wer bestellt, der bezahlt**. Also in der Regel der Vermieter.
- ✓ Um Menschen mit geringeren Einkommen direkt zu helfen, wollen wir die Leistungen des **Wohngeldes** verbessern, indem wir Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung anpassen.

Infrastruktur und Energiewende

Ein Industrieland wie Deutschland braucht eine moderne Infrastruktur mit sinnvollen Investitionen als wichtige Zukunftsvorsorge. Die Energiewende muss ein Erfolg werden, damit die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar ist.

- ✓ Für Investitionen in die **Verkehrsinfrastruktur** werden wir 5 Milliarden Euro bereitstellen.
- ✓ Die Bahn AG wird als integrierter Konzern erhalten. Es wird **keine Bahnprivatisierung** geben.

✓ Bis 2018 soll es eine **flächendeckende Grundversorgung mit schnellem Internet (50 Mbit/s)** geben.

✓ Wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schnell reformieren. Der weitere **Ausbau der Erneuerbaren Energien** erfolgt nach einem Ausbaukorridor: Ihr Anteil soll 40-45% im Jahre 2025 betragen und 55-60% im Jahr 2035. So kommt die Energiewende voran und die Kosten bleiben im Rahmen.

✓ National wollen wir die **Treibhausgas-Emissionen** bis 2020 um mindestens 40 % gegenüber dem Stand 1990 **reduzieren**. Wir werden 2014 zum ersten Mal einen **Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz** erarbeiten.

Gesundheit und Pflege

Wir werden eine gute medizinische Versorgung für alle verlässlich sichern und gerecht finanzieren. Die Zwei-Klassen-Medizin bauen wir schrittweise ab.

✓ Mit einer **Termingarantie für gesetzlich Versicherte** werden wir die Wartezeit auf einen Arzttermin deutlich verkürzen. Bei einer Überweisung an einen Facharzt werden innerhalb einer Woche Behandlungstermine vergeben. Nach einer Wartezeit von vier Wochen wird ein Termin zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus angeboten.

✓ Die **Kopfpauschale ist weg**. Statt pauschaler Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenkassen werden prozentuale Sätze vom beitragspflichtigen Einkommen eingezogen. Das heißt: Wer mehr verdient, zahlt auch höhere Zusatzbeiträge.

✓ Die **zehntägige Auszeit für Angehörige in der Pflege**, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir mit einer Lohnersatzleistung analog zum Kinderkrankengeld koppeln.

✓ Wir werden den **Beitragsatz der Pflegeversicherung** um 0,5 Prozentpunkte erhöhen, um kurzfristig die **Leistungen** und die **Qualität im Pflegebereich** durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff **zu verbessern**. Für bessere Pflege und mehr Pflegekräfte investieren wir zusätzlich 4 Milliarden Euro.



Finanzmarktregulierung

Finanzmärkte brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass Demokratien erpressbar gemacht werden. Auch durch Steuerbetrug wird dem Gemeinwesen erheblicher Schaden zugefügt.

✓ Um **Transparenz bei der Festlegung von Managergehältern** herzustellen, wird über die Vorstandsvergütung künftig die Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats entscheiden.

✓ Die neue Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass in Europa die **spekulativen Investmentbanken von dem klassischen Geschäftsbankengeschäft strikter getrennt** werden.

✓ Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die **Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln** einzudämmen.

✓ Mit einer **Finanztransaktionssteuer** werden wir Spekulationsgeschäfte in Europa besteuern. Sie wird nahezu alle Finanzspekulationen erfassen.

✓ Wir werden den **Kampf gegen Gewinnverlagerungen von Unternehmen** ins Ausland entschlossen vorantreiben, uns für umfassende Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen einsetzen und gegen schädlichen Steuerwettbewerb vorgehen.

✓ Wir werden **gegen Steuervermeidung durch Nutzung von Offshore-Finanzplätzen** vorgehen.

Europa

Die europäische Idee fasziniert die Menschen. Aber der gegenwärtige Zustand der EU schreckt viele ab. Europa muss der Ort werden, der dem Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt.

✓ Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, brauchen wir mehr als Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung. Sie müssen mit **Zukunftsinvestitionen in Wachstum und Beschäftigung** in sozial ausgewogener Weise verbunden werden.

✓ Ziel beim weiteren europäischen Krisenmanagement muss es sein, sicherzustellen, dass künftig in erster Linie die **Banken selbst für ihre Risiken haften und nicht die Steuerzahler**.

✓ Die **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** wird eine Priorität unserer Politik in Europa sein. Wir werden bei der Umsetzung der vereinbarten **Jugendgarantie** mit gutem Beispiel vorangehen.

✓ Die europäische **Entsenderichtlinie** wollen wir so verändern, dass in ganz Europa gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

✓ Die **öffentliche Daseinsvorsorge**, insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene (z. B. die Wasserversorgung), gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben. Sie werden wir bewahren.

Die Mitglieder der neuen Bundesregierung

SPD stellt sechs Bundesministerinnen und -minister

Am 17. Dezember wurde **Angela Merkel** mit 462 von 621 Stimmen zur Bundeskanzlerin der dritten Großen Koalition gewählt. Anschließend überreichte Bundespräsident **Joachim Gauck** den Mitgliedern des neuen Bundeskabinetts die Ernennungsurkunden. Nachfolgend die Regierungsmitglieder mit ihren jeweiligen Funktionen bzw. Ministerien.



Regierungsmitglieder der Union:

Bundeskanzlerin	Angela Merkel (CDU)
Chef Bundeskanzleramt	Peter Altmaier (CDU)
Finanzen	Wolfgang Schäuble (CDU)
Innen	Thomas de Maizière (CDU)
Verteidigung	Ursula von der Leyen (CDU)
Gesundheit	Hermann Gröhe (CDU)
Bildung und Forschung	Johanna Wanka (CDU)
Verkehr und Digitale Infrastruktur	Alexander Dobrindt (CSU)
Ernährung und Landwirtschaft	Hans-Peter Friedrich (CSU)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Gerd Müller (CSU)

Regierungsmitglieder der SPD:

Wirtschaft und Energie	Sigmar Gabriel (Vizekanzler)
Außen	Frank-Walter Steinmeier
Arbeit und Soziales	Andrea Nahles
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Manuela Schwesig
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Barbara Hendricks
Justiz und Verbraucherschutz	Heiko Maas

Parlamentarische Staatssekretäre der SPD: Kanzleramt (Staatsministerin für Integration): Aydan Özoguz; **Wirtschaft und Energie:** Uwe Beckmeyer, Iris Gleicke, Brigitte Zypries; **Außen:** Michael Roth; **Arbeit und Soziales:** Anette Kramme, Gabriele Lösekrug-Möller; **Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Elke Ferner, Caren Marks; **Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:** Florian Pronold, Rita Schwarzelühr-Sutter; **Justiz und Verbraucherschutz:** Ulrich Kelber, Christian Lange.

Thomas Oppermann neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der bisherige Erste Parlamentarische Geschäftsführer **Thomas Oppermann** wurde am 16. Dezember von 91 Prozent der Abgeordneten zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Er löst damit Frank-Walter Steinmeier ab, der als Minister ins Auswärtige Amt wechselt. In Nachfolge von Oppermann wurde die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Christine Lambrecht** mit 95 Prozent zur Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt.



Willy Brandt

Am 18. Dezember wäre der große Sozialdemokrat 100 Jahre alt geworden

Die Annäherung an **Willy Brandt** ist eine Annäherung an einen Mann, der zum Mythos geworden ist – weit über die deutsche Sozialdemokratie hinaus. Am 18. Dezember vor hundert Jahren wurde er in Lübeck geboren. Die Stadt feierte ihren berühmten Sohn Ende November mit einem Festakt in der St. Petri Kirche, an dem Weggefährten und über 400 Gäste teilnahmen.

Die Erinnerung an Willy Brandt ist eine Reise zurück in eine Zeit, in der Politik alle begeisterte – von der Arbeiterschaft bis weit hinein ins gehobene Bürger-tum. Eine Zeit, in der die Mitgliederzahlen der SPD die Millionengrenze erreichten und in der es in den Wohnzimmern still wurde, wenn im Radio oder Fernsehen die kratzige Stimme und das rollende „R“ Willy Brandts erklangen.

Wer war dieser Mann, der mit 15 Jahren von sich sagte: „Ich fühle mich politisch erwachsen“? Die Falken und die Sozialistische Arbeiterjugend prägten Willy Brandt. Die Nationalsozialisten kamen an die Macht, er musste nach Norwegen fliehen. In Skandinavien fand er eine neue Heimat und lernte eine Gesellschaftsform kennen, die sein zukünftiges Denken prägte. „In Norwegen fand er zivile Liberalität und liberale Zivilität“, so **Björn Engholm**, Wegge-fährte, Lübecker und ehemaliger SPD-Partei-vorsitzender in seiner Festrede.



In Norwegen erlebte der bisher eher von politischen Grabenkämpfen und ideologischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit geprägte „Arbeiterjunge von der Wasserkante“ eine pragmatische Reformpolitik, die sein späteres Handeln prägen sollte. Diese zweite politische Sozialisation wird zum Glücksfall für Deutschland. Sie führte dazu, dass 1969 mit Willy Brandt ein sozialdemokratischer Kanzler an die Macht kommt, der mit „den Verkrustungen der konservativen Politik Schluss macht“ und „Deutschland in die Moderne führt“, so Engholm. „Mehr Demokratie wagen!“ wurde zur Losung der sozialliberalen Regierung Brandt.

War er ein Visionär? Björn Engholm zitiert einen Satz des britischen Schriftstellers Oscar Wilde, den Willy Brandt gekannt und gemocht hat: „Eine Weltkarte, in der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keine Beachtung, denn sie lässt die Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird.“ Brandt sei, so Engholm, „ein Hoffender“ gewesen, der eine Welt erstrebte, in der die Menschen solidarisch miteinander verbunden sein können. Aber alle Vorstellungen waren gekoppelt mit Pragmatismus. Willy Brandt war visionär, aber nicht weltfremd. „Wer eine Partei 25 Jahre leitet, muss auch machtbewusst sein“, betont sein vielleicht engster Weggefährte **Egon Bahr** in einer Ansprache.



Auch zum zaudernden Brandt äußert sich Bahr: „Wenn er seine Zweifel überwunden hatte, dann war er nicht mehr zu bewegen. Dann stand er zu seiner Entscheidung.“ Bahr nennt als Beispiel für pragmatische Politik die Ostpolitik, bei der Brandt bereits als Regierender Bürgermeister von Berlin einsehen musste, dass die Berliner Mauer vielleicht nicht einzureißen ist, man sie aber wenigstens etwas durchlässiger machen kann.

„Kleine Schritte sind besser als große Worte“, zitiert Egon Bahr Willy Brandt und fügt noch eine Handlungsmaxime des Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers hinzu: „Die ganze Politik kann sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht den Menschen hilft.“ Dinge auf den Punkt bringen, mit treffenden Formulierungen überzeugen – das beherrschten Willy Brandt und seine Weggefährten perfekt.

Auch das hat sicher zu seinem Mythos beigetragen. Vor allem aber war es wohl seine Persönlichkeit, die bleibenden Eindruck hinterlassen hat. „Er war ein begnadeter Motivator“, erinnert sich Björn Engholm und fügt hinzu. „Wir haben Willy Brandt verehrt, gelegentlich sogar geliebt.“ Welcher Spitzenpolitiker kann das schon von sich sagen?

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (vorige 17. WP)

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Hinweis: Die neuen Zuständigkeiten und Mitgliedschaften in der 18. Wahlperiode werden erst im Januar 2014 festgelegt.

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke.

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter

Benedikt Dettling (ab Jan. 2014)

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2014

Sitzungswochen sind die 3., 5., 7., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 37., 39., 41., 42., 45., 46., 48., 49., und 51. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz,
Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Harry Walter / SPD Parteivorstand:
S. 1; Dietmar Nietan: S. 6 o.;
Martin Dörmann: S. 2, 4, 5, 6, 10,
11 r.; Marco Urban: S. 3;
SPD-Fraktion: S. 7, 8, 9, 10;
AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung:
S. 11 l.;

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

[www.facebook.com/
martin.doermann](http://www.facebook.com/martin.doermann)

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

